

Berlin, 30.07.2026

Stellungnahme des Bundesverbands Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) zum Aktionsplan „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland“

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit seiner Gründung 1992 setzt sich der unabhängige Unternehmensverband für ambitionierten Klima- und Umweltschutz sowie soziale Nachhaltigkeit ein. Getragen wird dieses Engagement von rund 700 Mitgliedsunternehmen mit mehr als 200.000 Beschäftigten – vom Großunternehmen über den Mittelstand bis zu Cleantech-Start-ups und Social-Entrepreneurs.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. ist registrierter Interessenvertreter i.S.d. Lobbyregistergesetzes.

Lobbyregisternummer: R000560

Gesamtbewertung

Der BNW begrüßt den Ansatz, Nachhaltigkeitspolitik über ressortübergreifende Missionen, Verwaltungsmodernisierung und Wirkungsmonitoring zu strukturieren. Mehrere Missionen – Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzgebung, SVIK-Monitoring, Reparatur-Mission, DNK-Ausbau, nachhaltige öffentliche Beschaffung – setzen sinnvolle Akzente. Gleichzeitig bleibt der Aktionsplan im Kern der Transformation zu vage: Es fehlen konkrete Klimaziele, sektorale THG-Minderungspfade und ein klarer Bezug zum Klimaschutzgesetz. Zentrale Hebel – Energiewende, Verkehrswende, CO₂-Bepreisung, konsequente Kreislaufwirtschaft – sind unterbelichtet oder bleiben auf Prüfaufträge beschränkt. Der durchgehende Finanzierungsvorbehalt schwächt zudem die Verbindlichkeit aller 19 Missionen.

Der BNW teilt außerdem die Einschätzung, dass ein Aktionsplan allein die Lücke zu einem umfassenden, verbindlichen SDG-Umsetzungsplan bis 2030 nicht schließen kann. Aus Sicht der Wirtschaft ist entscheidend, dass die einzelnen Missionen erkennbar auf eine gemeinsame Transformationsstrategie einzahlen, statt lose nebeneinanderzustehen. Nur so entsteht die Planungssicherheit, die Unternehmen für langfristige Investitionsentscheidungen benötigen. Im Folgenden nimmt der BNW entlang der drei für den Verband relevanten Handlungsfelder des Aktionsplans Stellung.

Im Überblick

In Zukunftsfähigkeit von Staat und Gesellschaft investieren.....	2
Unternehmen national wie international stärken und nachhaltiger aufstellen.....	2
Nachhaltige Ökosysteme und lebenswerte Infrastrukturen schaffen	4

Stellungnahme im Detail

In Zukunftsfähigkeit von Staat und Gesellschaft investieren

Betrifft die Missionen: Verwaltungsdigitalisierung (BMDS); SVIK-Steuerung (BMF); Energieversorgung Bundeswehr (BMVg); Nachhaltigkeit in der Gesetzgebung (BMJV, BMDS)

Die Mission **Nachhaltigkeit in der Gesetzgebung** ist einer der wichtigsten strukturellen Hebel des gesamten Plans, bleibt jedoch in der Ausgestaltung vage ("schlanker gestaltet", "Konsolidierung der Arbeitshilfen"). Wir fordern, dass die Prüfung von Gesetzesentwürfen mit klaren, prüfbaren Kriterien und einer verbindlichen Berichtspflicht im Gesetzentwurf hinterlegt wird, ansonsten bleibt sie ohne materielle Wirkung.

Die Mission **SVIK-Steuerung** ist zu begrüßen, weil sie Fortschritts- und Wirkungskennzahlen mit einer jährlichen Berichtspflicht verbindet. Wir möchten diese Steuerung erweitern und schlagen vor, diese Monitoring-Logik als Standardvorlage auf alle 19 Missionen zu übertragen, nicht nur auf ohnehin haushaltsrechtlich berichtspflichtige SVIK-Mittel.

Wir schlagen vor, den Aktionsplan um einen klaren **Abbaupfad für klimaschädliche Subventionen** zu ergänzen, sozial gestaffelt und schrittweise ausgestaltet. Als konkreter Hebel mit hoher Wirkung kommt hier beispielsweise die Abschaffung der Energiesteuerbefreiung für die nicht-energetische Verwendung fossiler Rohstoffe in Frage. Diese schafft derzeit einen Preisvorteil für fossile Materialien in der industriellen Produktion. Die durch eine Streichung freiwerdenden Mittel, sollten gezielt zur Förderung von hochwertigen recycelten Materialien und nachhaltiger Biomasse in Produkten eingesetzt werden.

Die Mission **Energieversorgung Bundeswehr** ist sinnvoll, kann aber die fehlende gesamtwirtschaftliche Energiewende-Mission nicht ersetzen. Der Aktionsplan blendet die für die Transformation entscheidenden Umsetzungsfragen der Energiewende weitgehend aus. Die einzige einschlägige Mission betrifft ausschließlich die Energieversorgung der Bundeswehr-Liegenschaften; konkrete Maßnahmenpakete, Zeitpläne und Zwischenziele für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren, den Netzausbau und eine konsequente Wärmewende fehlen vollständig. Aus unserer Sicht ist das ein strategischer blinder Fleck: Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz hängen zentral an günstigem, sauberem Strom und leistungsfähigen Netzen, gerade weil geopolitische und geoökonomische Umbrüche im Papier selbst als Ausgangspunkt genannt werden. Wir fordern daher eine eigenständige Energiewende-Mission mit konkreten Zeitplänen und Zwischenzielen, ergänzend zur bestehenden Bundeswehr-Mission.

Unternehmen national wie international stärken und nachhaltiger aufstellen

Betrifft die Missionen: DNK (BMWE); Reparieren schafft Zukunft (BMUKN); Wissensdatenbank öffentliche Beschaffung (BMI); Nachhaltigkeitsstandards auf Einkaufsplattformen (BMI); Biobasierte Verpackungsmaterialien (BMLEH); Nachhaltige Textillieferketten (BMZ); Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten (BMAS)

Deutscher Nachhaltigkeitskodex (Mission 5). Der Ausbau des DNK zu einem „Once-only“-Tool ist begrüßenswert und kann dabei helfen KMU wirksam zu entlasten und Nachhaltigkeitsmanagement zu professionalisieren. Entscheidend ist aber die Ausgestaltung: Vereinfachung darf nicht zur Absenkung

von Standards, Vergleichbarkeit oder Auditierbarkeit führen. Sonst drohen Unternehmen Zeit zu verlieren, in Parallelabfragen von Banken, Kund:innen und Lieferanten, weil der „vereinfachte“ Bericht nicht mehr aussagekräftig genug ist. Wir plädieren für klare Qualitätsanforderungen und praxistaugliche digitale Schnittstellen, die Doppelberichterstattung tatsächlich reduzieren.

Nachhaltige öffentliche Beschaffung (Missionen 7 und 8). Die Wissensdatenbank (Mission 7) und die Standardisierung von Nachhaltigkeitskriterien auf Einkaufsplattformen wie dem Marktplatz Deutschland (Mission 8) sind ein wichtiges Instrument. Als Nachfrager kann der Staat Märkte für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen direkt stärken. Wir begrüßen den Rückgriff auf etablierte Standards wie den Blauen Engel, warnen aber davor, dass zwei parallele Missionen bei gleicher Federführung (BMI) zu Doppelstrukturen statt zu einem kohärenten Beschaffungsinstrument führen. Der Plan sollte klarstellen, wie beide Missionen ineinandergreifen, und eine spätere Öffnung für Länder und Kommunen mit konkretem Zeitplan versehen.

Wir fordern darüber hinaus **verbindliche Vorgaben für die nachhaltige öffentliche Beschaffung**. Dafür muss die Bundesregierung von der Verordnungsermächtigung im Vergabebesleunigungsgesetz Gebrauch machen. Über eine Verordnung können verpflichtende Anforderungen an die Klimafreundlichkeit bei der Beschaffung von Leistungen gestellt werden. Dabei müssen die Lebenszykluskosten und Umweltauswirkungen berücksichtigt werden. Die Regelungen der AVV Klima mit Berücksichtigung eines CO₂ Schattenpreis bieten einen guten Rahmen, müssen aber bundesweit verbindlich sein und umgesetzt werden. Wir fordern, Lebenszykluskosten bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots verbindlich als Zuschlagskriterium in der öffentlichen Beschaffung zu berücksichtigen und den entsprechenden Prüfauftrag aus der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie zeitnah umzusetzen. Wir fordern zudem die Stärkung der Bevorzugungspflicht für kreislauffähige Produkte und Sekundärrohstoffe nach § 45 KrWG. Sie reduziert komplexe Abwägungen und beschleunigt Entscheidungen.

Kreislaufwirtschaft (Missionen 6 und 9). Aus unserer Sicht ist dies einer der am stärksten unterrepräsentierten Bereiche des gesamten Aktionsplans, obwohl er direkt zur Wettbewerbsfähigkeit und Rohstoffunabhängigkeit deutscher Unternehmen beiträgt. Die Mission **Reparieren schafft Zukunft** enthält mit der Prüfung eines Reparatur-Gesetzes und eines bundesweiten Reparaturbonus zwei potenziell wirksame Instrumente – bleibt aber bei beiden auf der Ebene der Prüfung ("wird die Bundesregierung ... prüfen") stehen, ohne Zeitplan oder Festlegung auf ein Umsetzungsjahr. Angesichts der im Papier selbst zitierten EU-Right-to-Repair-Richtlinie, die ohnehin bis 2029 umgesetzt werden muss, fordern wir eine verbindliche Umsetzung statt einer bloßen Prüfoption. Diese sollte außerdem mit einem Reparaturbonus oder einer Mehrwertsteuersenkung für Reparaturdienstleistungen einhergehen.

Die Mission **Biobasierte Verpackungsmaterialien** adressiert nur einen Teilaspekt der Kreislaufwirtschaft (Verpackung) und ersetzt keine übergreifende Strategie zu Recyclingquoten, Sekundärrohstoffeinsatz oder zirkuläres Produktdesign. Wir vermissen eine Mission, die Kreislaufwirtschaft als eigenständiges wirtschaftspolitisches Handlungsfeld mit einem klaren Zielebild und Maßnahmen entwickelt, anstatt sie in zwei thematisch schmale Einzelmaßnahmen zu zerlegen. Die Mission sollte mit einer zügigen Umsetzung des Aktionsprogramms zur im Einleitungstext erwähnten Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) unterlegt werden.

Darüber hinaus muss weiter an der Umsetzung der NKWS gearbeitet werden, die viele gute Impulse, regulatorische Anpassungen und Maßnahmen für die Weiterentwicklung der (Kreislauf)Wirtschaft

liefert. Die Missionen **Nachhaltige Textillieferketten** und **Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten** sind als flankierende Maßnahmen sinnvoll, bleiben aber – wie der Aktionsplan insgesamt – auf freiwillige Unterstützungsangebote statt verbindlicher Instrumente fokussiert.

Nachhaltige Ökosysteme und lebenswerte Infrastrukturen schaffen

Betrifft die Missionen: Klimaangepasstes Waldmanagement (BMLEH); Blau-grün-rote Stadtinfrastruktur Leipzig (BMFTR); Betriebliches Mobilitätsmanagement (BMV)

Die Mission **Klimaangepasstes Waldmanagement** ist mit ihrer konkreten Flächenzielgröße (2 Mio. Hektar bis 2029) eine der wenigen Missionen mit belastbarem Zielwert, bleibt jedoch die Fortführung eines bestehenden Programms ohne neue Ambition.

Über die Waldmission hinaus vermissen wir einen **rechtsverbindlichen Rahmen zur Wiederherstellung geschädigter und zum Schutz grüner Infrastruktur**. Ein ambitioniertes Naturinfrastrukturgesetz wäre ein wichtiger Baustein, um Ökosystemleistungen – von Wasserhaushalt über Bodenfruchtbarkeit bis Klimaregulierung – als wirtschaftliche Grundlage langfristig abzusichern. Ergänzend braucht es ein Bundeslandschaftsprogramm, das Sanierung, Vernetzung und Kompensation beschleunigt: Geeignete Flächen werden digital erfasst und priorisiert, über Pools, Ökokonten und Flächenagenturen im Vorfeld gesichert und durch handlungsfähige Behörden zugeteilt. Für die Wirtschaft, insbesondere aus Land- und Forstwirtschaft sowie der Ernährungsbranche, ist eine intakte Naturkapitalbasis unmittelbare Geschäftsgrundlage; ihr Schutz sollte daher nicht auf die Waldmission beschränkt bleiben, sondern als eigenständiges Handlungsfeld ausgebaut werden.

Die Mission **Blau-grün-rote Stadtinfrastruktur Leipzig** ist ein sinnvoller, aber sehr kleinteiliger Ansatz – ein Reallabor kann Blaupausen liefern, ersetzt aber keine bundesweite Strategie für klimaresiliente Stadtentwicklung.

Die Mission **Betriebliches Mobilitätsmanagement** ist die einzige Mission mit Bezug zur Verkehrswende und bleibt ein freiwilliges Unterstützungsangebot ohne Verbindung zu Ladeinfrastruktur, ÖPNV-Ausbau oder Flottenumstellung. Wir sehen dies – neben der fehlenden Energiewende-Mission – als die größte strukturelle Leerstelle des gesamten Aktionsplans. Als kurzfristig wirksame und praktisch kostenneutrale Sofortmaßnahme schlagen wir deshalb zumindest die **Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen** vor. Es würde ohne nennenswerten Investitionsbedarf spürbar CO₂-Emissionen senken und ließe sich rasch in den Aktionsplan aufnehmen, während strukturelle Verkehrswende-Maßnahmen wie Ladeinfrastruktur- und ÖPNV-Ausbau mittelfristig entwickelt werden.

Kontakt

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Konstantin Litke

Leiter Politik und Kommunikation

litke@bnw-bundesverband.de

Lukas Fox

Stellvertretender Leiter Politik

fox@bnw-bundesverband.de